



POSITIONEN

Nr. 2 Eine Publikationsreihe des Bundesverbandes deutscher Pressesprecher

ELEKTRONISCHE PRESSESPIEGEL UND URHEBERRECHT

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) erarbeitet derzeit im Rahmen des so genannten „Zweiten Korbs“ einen Referentenentwurf zur Novellierung des Urheberrechtsgesetzes (UrhG). Für den Gesetzgeber konzentriert sich die Debatte um elektronische Pressespiegel auf die Frage, ob und in welcher Form im Rahmen des Zweiten Korbs die Vorgaben des BGH in § 49 UrhG aufzunehmen und gesetzlich zu regeln sind. Der Bundesverband deutscher Pressesprecher (BdP) nimmt Stellung.



Bundesverband deutscher Pressesprecher

Position und Forderungen

Für den Gesetzgeber konzentriert sich die Debatte um elektronische Pressespiegel auf die Frage, ob und in welcher Form im Rahmen des Zweiten Korbs die Vorgaben des BGH in § 49 UrhG aufzunehmen und gesetzlich zu regeln sind. Für den Bundesverband deutscher Pressesprecher (BdP) sind dabei folgende Aspekte von entscheidender Bedeutung:

01 Eine gesetzliche Regelung des elektronischen Pressespiegels ist dringend notwendig. Das zu restriktive BGH-Urteil und der Kooperationsvertrag sind nicht in der Lage, mittelfristig eine hinreichende Nutzungsmöglichkeit zu gewährleisten. Auch die Sicherung der unabdingbaren Rechtssicherheit für Institutionen, Behörden, Organisationen und Unternehmen bleibt ungewiss (Stichwort Innovation, Vergütungshöhe usw.).

02 Der Begriff der „Tagesaktualität“ ist neu zu definieren. Für die Tagesaktualität sind neben Tageszeitungen unter anderem auch nachrichtlich orientierte Magazine wie Focus oder Spiegel zunehmend mit ausschlaggebend. Dies gilt ebenso für – oft internetbasierte – Mediendienste. Neben diesen Werkarten sind ferner Fotografien bzw. Bildwerke unter einen neu zu fassenden § 49 UrhG einzubeziehen.

03 Die Rechte von Service-Anbietern auf Erbringung eigener Dienstleistungen müssen gewahrt bleiben. Externe Dienstleister wie Ausschnittdienste oder Medienbeobachter erbringen eine sinnvolle Filterfunktion zwischen Urheber und Unternehmen. Die Monopolstellung der PMG ist besonders im Hinblick auf ihr Bestreben marktfähige Produkte und nicht nur Clippings durchzusetzen wettbewerbsrechtlich unhaltbar.

Unternehmen, Behörden und anderen Organisationen muss die Möglichkeit zur Erstellung und Archivierung elektronischer Pressespiegel und zur kostenfreien Verwendung innerhalb des Corporate Networks gegeben werden.

04 Ebenso müssen Unternehmen, Behörden und anderen Organisationen das Recht zur kostenfreien Volltextfassung elektronischer Texte einschließlich höherwertiger Nutzungsmöglichkeiten (Volltextsuche, Meta-Markierungen usw.) zugestanden werden. Eine Bindung an beschränkte Funktionalitäten – etwa über Dateiformate (PDF) – ist auf Grund von erwartbaren Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Situation und Geschichte

Elektronischer Pressespiegel im modernen Urheberrecht

Der Prozess der öffentlichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ist für eine offene demokratische Gesellschaft von konstitutiver Bedeutung. Er gründet sich auf freie und urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger, die den verfassungsrechtlich geschützten Zugang zu allen relevanten Informationen zur individuellen Meinungsbildung nutzen und insbesondere in freien Wahlen Ausdruck verleihen. Er umfasst aber darüber hinaus auch kollektive Akteure des demokratischen Gemeinwesens, die sich – seien sie Unternehmen, Organisationen, Institutionen oder Behörden – in der veröffentlichten wie öffentlichen Meinung selbst beobachten und als integralen Teil der Gesellschaft begreifen und wahrnehmen können müssen. Der hinreichende Zugang zu Informationen über aktuelle politisch, wirtschaftlich oder allgemein gesellschaftlich relevante Themen ist Grundlage und Voraussetzung für jede demokratische Partizipation an der staatlichen Willensbildung und damit zugleich wichtiger Faktor für die Legitimität und Akzeptanz staatlichen Handelns – dies gilt in der Informations- und Wissensgesellschaft sogar in verstärktem Maße.

Der möglichst einfache und ungehinderte Zugang zu tagesaktuellen Informationen über gesellschaftliche oder politische Prozesse kollidiert mit den urheberrechtlichen

Ausschließlichkeitsrechten der Urheber und Rechteinhaber insbesondere im Pressesektor. Die entsprechende gesetzliche Lizenz (mit anderen Worten: Schrankenregelung) zu Pressespiegeln in § 49 UrhG ist somit Ausdruck einer Abwägung der Interessen der Urheber einerseits und der Allgemeinheit andererseits. Die Norm dient der einfacheren und schnelleren Unterrichtung der Öffentlichkeit, das heißt der Befriedigung des Informationsbedürfnisses und damit der Verwirklichung des Grundrechts auf Informationsfreiheit im Sinne des Art. 5 Abs. 1 GG durch alle Medien. In den Normen des Urheberrechtes und seiner Schrankenregelungen findet die notwendige Abwägung beider verfassungsrechtlich geschützten Ansprüche ihren Ausdruck. Die freie Meinungsbildung gehört zu den grundlegenden Regelungszielen der Schrankenregelungen des UrhG, die zugleich Ausdruck der Sozialverpflichtung geistigen Eigentums sind.

Große Herausforderung

Dabei steht die Schrankensystematik vor großen Herausforderungen: Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik nimmt an Dynamik zu. Netz-basierte wie netzorientierte Informations- und Kommunikationsprozesse werden organisatorisch und gesamtgesellschaftlich immer bedeutsamer. Es gilt, den bestehenden Normen der analogen Welt eine angemessene digitale Form zu geben. Die Europäische Union hat mit der Richtlinie zum Urheber-



recht in der Informationsgesellschaft einen wichtigen Schritt in Richtung eines modernen und angemessenen digitalen Urheberrechts vorgegeben. Die Richtlinie eröffnet in Art. 5 Abs. 3c explizit die Möglichkeit einer gesetzlichen Lizenz (Schranke) für einen leistungsstarken elektronischen Pressespiegel, der selbstverständlich kollektiv vergütet werden muss. Ob und in welcher Form diese Kann-Regelung realisiert werden soll, bildet daher einen Kernpunkt der Beratungen zur zweiten Stufe der Umsetzung der EU-Richtlinien im Urheberrechtsgesetz (dem so genannten Zweiten Korb).

Zur Rechtslage

Die Pressespiegel-Schranke in § 49 UrhG wurde geschaffen, um innerhalb der – damals natürlich analogen – Medienwelt auf tagesaktuelle Werke zurückgreifen und

sowohl eine Informationsbreite als auch -tiefe nutzen zu können. § 49 UrhG führt ausdrücklich nur Zeitungen und Informationsblätter auf, Kriterium ist zum einen das Tatbestandsmerkmal der Aktualität. Zum anderen erstreckt sich die Schrankenregelung allein auf die Themen Politik, Wirtschaft und Religion. Fotos, Grafiken, Schaubilder und Karikaturen sind ebenso wenig erfasst, wie die Bereiche Wissenschaft, Kultur, Technik oder Unterhaltung. Die Urheber haben einen durch die VG Wort geltend zu machenden Vergütungsanspruch. In den Manteltarifverträgen für Redakteure und Redakteurinnen an Tageszeitungen wie an Zeitschriften ist festgelegt, dass die Vergütung für die Nutzung gemäß § 49 UrhG allein den Redakteuren zusteht. Für die Vergütungsansprüche der Urheber von Fotografien, Grafiken, Schaubildern und Karikaturen ist die VG Bild-Kunst zuständig, die hierzu einen Vertrag mit der VG Wort abgeschlossen hat. Der klassische Pressespiegel bezeichnet allerdings allein die Printpressespiegel in Tageszeitungen (z.B. „Meinung der anderen“). Der gängige Pressespiegel heute hingegen bezeichnet eine deutlich weitere, thematisch recherchierte und individuell zusammengestellte Sammlung von tagesaktuellen Presseartikeln. Diese Erweiterung ist vom BGH als eingetübte Praxis mittlerweile bestätigt und als mit dem § 49 UrhG vereinbar erklärt worden. Zu einem Pressespiegel im Sinne des § 49 UrhG werden diese recherchierten Zusammenstellungen (so genannte Clippings) aber erst, wenn

sie unternehmens-, organisations- bzw. behördenintern tatsächlich vervielfältigt und verbreitet werden.

PMG wahrt Verlagsinteressen

Strittig blieb bis zuletzt, ob neben dem analogen „Schnipsel“-Pressespiegel auch der digitale Pressespiegel trotz seiner deutlich größeren Nutzungsmöglichkeiten und Marktpotenziale unter die Schranke des § 49 UrhG fällt. Zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen haben die Rechteinhaber 2001 die Presse Monitor Gesellschaft mbH (PMG) gegründet, die elektronische Pressespiegel aus den Veröffentlichungen der angeschlossenen Verlage als kommerzielles Produkt Unternehmen, Institutionen und Behörden anbietet. Ob dieses Vorgehen als unzulässige, da lizenzpflichtige kollektive Rechtswahrnehmung zu bewerten ist, oder einzig die Geltendmachung durch die VG Wort zulässig ist, ist umstritten. Um langwierige Auseinandersetzungen und Rechtsunsicherheiten zu vermeiden, konnten PMG und VG Wort am 23. November 2003 einen Kooperationsvertrag schließen. Dieser sieht eine durch die PMG vermarktete, thematisch über § 49 UrhG hinausgehende Angebotspalette vor und sichert zugleich der VG Wort einen erheblichen Erlösanteil zu. Dieser Vertrag ist dennoch als nicht hinreichend kritisiert worden, da er zum einen keine Rechtssicherheit etwa bei kommenden Innovationen oder veränderten Vergütungshöhen verspricht und zum an-

deren der PMG ein ungerechtfertigtes und wettbewerbsrechtswidriges Monopol auf das Angebot und Verwertung von elektronischen Pressespiegeln einräumt. Schließlich gehe mit dem Vertrag ausdrücklich keine Veränderung der Rechtspositionen einher, weiterhin bewerten die Rechteinhaber das BGH-Urteil zum Elektronischen Pressespiegel (s.u.) als verfassungs- und europarechtswidrig. Eine Verlängerung des Konfliktes ist daher mehr als wahrscheinlich.

Zur Frage des Umfangs und zur Form von Pressespiegeln und ähnlichen Informationsprodukten gibt es eine Reihe einschlägiger höchstrichterlicher Entscheidungen (u.a. BGH-Urteile zu CB-Infobank I und II 1997, zu Elektronischen Pressearchiven 1998, zum Kopienversanddienst 1999 und zu Linklisten 2003). Das wichtigste Urteil ist hierbei die Entscheidung zum Elektronischen Pressespiegel vom 11. Juli 2002, indem eine wesentlich höhere Gefahr des Rechtsmissbrauchs bei digitalen Pressespiegeln im Grundsatz verneint und damit die Anwendbarkeit des § 49 UrhG auch auf elektronische Pressespiegel festgelegt wurde. Dies treffe in jedem Falle auf den behörden- oder firmenintern nicht veränderbaren, die analoge Form lediglich ersetzenden elektronischen Pressespiegel zu. Dadurch ergeben sich allerdings folgende Voraussetzungen:

Verband

Auch digitale Pressespiegel nur intern

Der digitale Pressespiegel darf sich nicht wesentlich von der Übermittlung in Papierform unterscheiden und nur unternehmens-, organisations- oder behördenintern an einen überschaubaren Empfängerkreis verteilt werden.

Er darf lediglich als grafische Datei übermittelt werden, was die zulässigen Dateiformate eng begrenzt (in der Praxis zumeist PDF). Das Übersenden von Textdateien ist somit nicht zulässig; Die Be- oder Weiterverarbeitung der digitalen Daten ist dabei ebenso ausgeschlossen wie ihre Aufbewahrung und Archivierung. Diese enge Auslegung ist kontrovers aufgenommen worden. Während die Rechteinhaber erwartungsgemäß einen unzulässigen Eingriff in ihre Eigentumsrechte sowie in ihre wirtschaftliche Handlungsfreiheit beklagen, kritisieren unter anderem Rundfunkanstalten sowie Journalisten- und Wirtschaftsverbände selbst die engen Voraussetzungen. Diese ließen etwa weder eine Volltextsuche noch eine digitale Archivierung zu und blieben damit deutlich hinter den technischen Möglichkeiten zurück. Außerdem seien weitere Werkarten – etwa Bildwerke – nicht hinreichend rechtssicher einbezogen, noch die zunehmende Diversifizierung hinsichtlich der Tagesaktualität relevanter Quellenarten über Zeitungen und Zeitschriften hinaus berücksichtigt.

Der Bundesverband deutscher Pressesprecher ist die berufsständische Vereinigung für Pressesprecher und Kommunikationsbeauftragte aus Unternehmen, Verbänden, Organisationen und Politik. Er vernetzt seine Mitglieder und bietet Plattformen, um Meinungen, Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Der BdP stellt mit Fachmedien und Veranstaltungen Foren zur Verfügung, die aktuelle Themen der Kommunikationsbranche abbilden und voranbringen. Der Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder und bezieht öffentlich Stellung

in aktuellen Debatten, die den Berufsstand betreffen. Er ist Ansprechpartner in allen rechtlichen, inhaltlichen und anderen berufsspezifischen Fragen.

Der BdP betreibt aktive Imagearbeit für den Berufsstand, indem er das Bild des Pressesprechers schärft, auch über die Kommunikationsbranche hinaus. Der Verband fördert so die Entwicklung eines klar definierten beruflichen Selbstverständnisses. Außerdem unterstützt er durch Weiterbildungsmaßnahmen den Kommunikationsnachwuchs und die Professionalisierung in der PR-Branche.





Bundesverband deutscher Pressesprecher

Friedrichstraße 209
10969 Berlin

T: 030 / 84 85 94 00
F: 030 / 84 85 92 00

info@pressesprecherverband.de
www.pressesprecherverband.de